



FDP | 30.09.2016 - 11:00

Bürger leiden unter Umverteilungspolitik



Die Freien Demokraten wollen die Steuerzahler um mindestens 30 Milliarden Euro entlasten und ermöglichen, dass mehr Menschen den Traum vom Eigenheim verwirklichen können. Dafür müsse die historisch beispiellose Umverteilung von Privat zu Staat beendet werden, verdeutlichte FDP-Chef Christian Lindner [im Interview mit der "WirtschaftsWoche"](#) [1]. "Der Staat nimmt bis Ende des Jahrzehnts 100 Milliarden Euro mehr ein als jetzt. Daneben macht Herr Draghi mit seiner völlig aus dem Ruder geratenen Zinspolitik den Finanzministern das Haushalten leicht, während die Bürger leiden", kritisierte er.

Union und SPD hätten es trotz Rekordbeschäftigung geschafft, dass die Sozialversicherungsbeiträge 2017 auf über 40 Prozent steigen würden monierte der FDP-Bundesvorsitzende. "Ich glaube erst, dass die Union uns Bürger entlasten will, wenn wir das Geld im Portemonnaie haben", stellte Lindner klar. Möglich und nötig seien der Verzicht auf den Solidaritätszuschlag, die Anpassung des Steuertarifs und höhere Freibeträge. "Wenn die Kamelle-Politik beendet wird, dann tangiert das weder 'schwarze Null' noch Investitionen", betonte er. Ziel der Freien Demokraten sei es, die Mitte der Gesellschaft spürbar zu entlasten, so Lindner.

Für ein Volk von Eigentümern statt Volkseigentum

Der FDP-Chef forderte außerdem einen Freibetrag von 500.000 Euro für das Eigenheim, um die Hürden für die Bürger zu reduzieren. "Eigentum darf kein Luxus für wenige sein", stellte er klar. "Denn die beste Altersvorsorge ist, später mietfrei wohnen zu können. Wir wollen ein Volk von Eigentümern statt Volkseigentum."

Quell-URL:<https://www.liberales.de/content/buerger-leiden-unter-umverteilungspolitik>

Links

[1] <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/fdp-chef-christian-lindner-fordert-hohen-freibetrag-bei-gruenderwerbssteuer/14624308.html>